

Hans Mommsen

Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in der Weimarer Republik



Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930 in Marburg, lehrte Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und befindet sich seit 1998 im Ruhestand.

Jede Analyse der Entwicklung der Sozialdemokratie und der mit ihr eng verbundenen Freien Gewerkschaften in der Periode der Weimarer Republik kann nicht an der Frage vorbeigehen, ob die Kräfte des demokratischen Sozialismus durch größere Entschlossenheit und zielbewußte Appelle an das demokratische Bewußtsein der Massen den Zerfall der Weimarer Republik und die Entstehung der faschistischen Diktatur hätten abwenden können. 1929 hatte Rudolf Breitscheid auf die drohende Gefahr einer „autoritären Beamtenherrschaft“, die bereits die Diktatur verschleierte, und darauf hingewiesen, daß die sozialistische Arbeiterbewegung den Kampfboden der Demokratie nicht entbehren könne. Breitscheids Prognose wurde Wirklichkeit. Die Zerschlagung der Demokratie traf als erste die organisierte Arbeiterbewegung.

Eine Analyse der Schwächen und der politischen Versäumnisse der Sozialdemokratie und des ADGB, die sich angesichts dieser Vorgänge aufdrängt, darf von dem Tatbestand nicht ablenken, daß sie, neben einigen versprengten bürgerlichen Demokraten, insbesondere der Berliner linksliberalen Presse, zusammen mit dem isolierten linken Flügel der Zentrumsparlei die einzigen waren, die sich zur Verteidigung des demokratisch-parlamentarischen Systems bekannten, das von den bürgerlichen Parteien nach 1930 fast ausnahmslos preisgegeben worden war. Es wäre daher verfehlt, der SPD entscheidende Mitverantwortung für den Untergang der Weimarer Republik zuzuschreiben, wie dies gelegentlich unter Verkehrung der politischen Gewichte versucht worden ist.

Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften und revolutionäre Bewegung nach dem Novemberumsturz 1918

Die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) hatte auf den sich seit dem 9. November 1918 vollziehenden politischen Umsturz, den sie durch die Entsendung Noskes nach Kiel zu verhindern suchte, mit dem Bestreben reagiert, die revolutionäre Bewegung abzufangen und Ordnung und Stabilität wiederherzustellen.

len. Sie konnte mit Recht beanspruchen, die Reichseinheit gesichert und einen im wesentlichen evolutionären Übergang vom Kaiserreich zur Republik ermöglicht zu haben. Sie verfügte über kein Neuordnungskonzept, das über die Schaffung eines bürgerlichen parlamentarischen Systems hinausging. Karl Kautskys Wort, daß die Sozialdemokratie keine „Revolutionen machende Partei“ sei, ging in den Novembertagen 1918 in Erfüllung. Dies galt im Grunde auch für die USPD, wenngleich sie die revolutionäre Situation dazu benützen wollte, bestimmte gesellschaftsverändernde Forderungen des Erfurter Programms zu verwirklichen.

Es ist leicht, die nicht nur taktischen, sondern strategischen Fehler der Mehrheitssozialdemokraten aufzuzählen, die sie in das fatale Bündnis mit der Obersten Heeresleitung hineintrieben, das den alsbald einsetzenden Terror der Freikorps nach sich zog. Ebenso wenig kam es zu einer konsequenten Auswechslung selbst der ausgeprägt reaktionär eingestellten Spitzen der preußischen Bürokratie. Die weitgehende, wenn auch bis 1914 „negative Integration“ der SPD in das Wilhelminische Kaiserreich und ihre Anpassung an die Grundnormen der deutschen politischen Kultur, zusammen mit dem Bestreben, die seit 1916 erreichten Erfolge zu sichern und ihre prinzipielle Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, hinderten sie daran, den Zusammenbruch des Kaiserreichs zu revolutionären Eingriffen in bestehende Gesellschaftsstrukturen zu benützen.

Das hohe Maß des Staatsinterventionismus, der für das kapitalistische System in Deutschland bestimmend war, verwies die zur Massenbewegung aufsteigende Sozialdemokratie ebenso wie die Freien Gewerkschaften darauf, den Kampf gegen den in den Unternehmerverbänden repräsentierten Klassengegner mittels einer Einflußnahme auf die Gesetzgebung und die Reichsverwaltung zu führen. Die Anerkennung der Gewerkschaften durch die kaiserliche Reichsregierung, die 1914 mit der Vereinbarung des Streikverzichts eingeleitet wurde, die relative Duldung der Sozialdemokratie als legitime Vertretung der proletarischen Interessen, die um den Preis des Burgfriedens zustandekam, nicht ohne daß sie wiederholt von den nachgeordneten Instanzen desavouiert wurde, schien dieser Strategie recht zu geben. Das Vaterländische Hilfsdienstgesetz wie die vorausgehende Einbindung von MSPD und Generalkommission in das System der Kriegswirtschaft stellte in den Augen der Partei- und Gewerkschaftsführer gegenüber der Vorkriegszeit einen ungeheuren Fortschritt dar. zumal der Parteivorstand im Juli 1914 noch mit einer gewaltsamen Unterdrückung der Organisation der Arbeiterschaft gerechnet hatte.

Die Linie der Anlehnung an den Staatsapparat, die durch patriotische Motive, die auch für die Masse der Anhängerschaft jedenfalls zunächst

hatten, unterstützt wurde, blieb für die von Friedrich Ebert geführte MSPD auch in der Umsturzsituation gültig. Von diesen Voraussetzungen her war Eberts Politik seit der Übernahme des Reichskanzleramts und dessen Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten ungewöhnlich erfolgreich, doch zahlte sie den Preis einer weitgehenden Entfremdung beträchtlicher Teile der Arbeiterschaft von der MSPD und damit indirekt von der entstehenden Republik.

Die Rätebewegung spiegelte den vollständigen Autoritätsverlust der kaiserlichen Regierungen wider. Sie entstand abseits der beiden sozialistischen Parteien, wenngleich sich die USPD rasch mit ihr identifizierte, und füllte in der nach dem 9. November 1918 entstandenen Situation ein politisches Vakuum aus. Erst sekundär gelangte sie zu revolutionären gesellschaftsverändernden Zielsetzungen. Die Rätebewegung stieß von vornherein auf das Mißtrauen der Parteiapparate und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände. Tradiertes Politikverständnis und organisatorische Struktur von MSPD und Freien Gewerkschaften schlossen die Möglichkeit aus, die Impulse der zunächst überwiegend gemäßigt eingestellten Rätebewegung in einem positiven Sinne aufzunehmen. Bestrebungen innerhalb der MSPD, die Räte auf das Feld der wirtschaftlichen Interessenvertretung abzudrängen, trafen auf den erklärten Widerstand der Gewerkschaften, die ihr eben errungenes tarifpolitisches Monopol nicht geschmälert sehen wollten.

Nicht zuletzt aus dem Motiv heraus, die Anerkennung der gewerkschaftlichen Tarifhoheit zu sichern, war die Generalkommission auf das Angebot von Hugo Stinnes eingegangen, eine gemeinsame Front der Arbeitsmarktparteien angesichts der bevorstehenden Demobilisierung zu bilden; am 15. November 1918, also unmittelbar nach dem Novemberumsturz, wurde die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) gegründet. Für das Handeln der Gewerkschaftsführer waren ihre Vorkriegserfahrungen bestimmend. Die tarifpolitischen Konzessionen der Arbeitgeber wie die Chancen, die Wirtschaftspolitik mittels der Arbeitsgemeinschaft beeinflussen zu können, schienen die Nachteile einer solchen institutionalisierten „Sozialpartnerschaft“ aufzuwiegen. Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Die ZAG konnte zwar in den entstehenden gemeinwirtschaftlichen Institutionen einen Einfluß auf Fragen der Preisbildung ausüben, aber die zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen wurden vom Reichswirtschaftsministerium gefällt.

Angesichts der radikalen Protestbewegungen der Industriearbeiterschaft seit Ende 1918 erwies sich die ZAG als Fessel für die gewerkschaftlichen Zentralverbände. Aber auch ohne diese Bindung hätten sie davor zurückgeschreckt, sich an die Spitze der Protestbewegungen der Industriearbeiterschaft zu setzen. Ebenso blockten die MSPD und ADGB die Sozialisierungsbestrebungen

im Ruhrbergbau, die von der in Essen gebildeten Neunerkommission vorangetrieben wurden, mit allen Mitteln ab. obwohl der Zentralrat der Republik und die Regierung der Volksbeauftragten entsprechende Hoffnungen unter dem Schlagwort „Die Sozialisierung ist auf dem Marsche!“ genährt hatten.

Die Folge dieser Politik, die die Priorität ausschließlich auf die Wiederingangsetzung der Produktion legte, bestand in einer tiefgreifenden Entfremdung breiter Gruppen der Industriearbeiterschaft von der MSPD und den Freien Gewerkschaften. Gerade die Ruhr sollte von nun an eines der Zentren linksradikaler Aktivität werden. Ihren Endpunkt fanden die Massenstreikbewegungen in den sich an den Kapp-Putsch anschließenden sozialen Auseinandersetzungen. Es bedeutete eine schwere Führungs- und Vertrauenskrise, daß sich die nach Stuttgart geflüchtete Reichsregierung unter dem Einfluß des Reichspräsidenten Friedrich Ebert nicht dazu bereit fand, die politische Verantwortung für den in ihrem Namen ergangenen Generalstreikaufruf zur Bewahrung der Republik zu übernehmen. Desgleichen diente Carl Legiens Vorstoß zur Bildung einer Arbeiterregierung und das vom ADGB formulierte 8-Punkte-Programm vor allem der innergewerkschaftlichen Integration und der psychologischen Erleichterung des Streikabbruchs. Der von reaktionären Freikorpsstruppen blutig niedergeschlagene Aufstand der „Roten Armee“ im Ruhrgebiet zeigte, daß weder USPD noch KPD die Protestbewegungen wirklich zu kontrollieren vermochten.

Mit dem Nachspiel des Osterputsches der KPD 1921 endete die Periode der Massenproteste der Industriearbeiterschaft, die mit dem Novemberumsturz übertriebene sozialpolitische Erwartungen verbunden hatte. Dies war keine auf Deutschland beschränkte Erscheinung. Die ausgeprägte Radikalisierung breiter Teile der Industriearbeiterschaft wich in allen westlichen Ländern einer weitgehenden Resignation. Bedenklich war, daß ADGB und MSPD diese Tendenzwende zunächst nicht erkannten, die sich bei den Juniwahlen von 1920 weniger in dem Rückgang der sozialistischen Stimmen von 45.5 Prozent auf 42.2 Prozent ausdrückte als in der Niederlage der Parteien der Weimarer Koalition, die nur noch eine Minderheit der Stimmen auf sich vereinigten. Das gleichzeitige Anwachsen der USPD auf Kosten der MSPD stellte die Quittung für die verfehlte Politik der reformistischen Parteiführung und des ADGB-Vorstandes gegenüber dem proletarischen Massenprotest dar, den sie vorschnell der Einwirkung der KPD zuschrieben, die noch eine weitgehend einflußlose, durch ständige Führungskrisen gelähmte Splitterpartei war.

Politische Verinselung der SPD nach 1925

Die Protestbewegungen in der Arbeiterschaft repräsentierten eine ältere Form proletarischer Militanz, die von den organisationserfahrenen Gewerk-

schaftern und SPD-Funktionären leichtfertig als chaotisch abqualifiziert wurde. Eine größere Flexibilität und Bereitschaft, die geschwächte Stellung des Unternehmertums zu nützen, um wenigstens die Mitbestimmungsrechte in den Betrieben auszuweiten, hätten das soziale Klima wesentlich entspannt. Indessen waren es die Gewerkschaften selbst, die dem 1920 verabschiedeten Betriebsrätegesetz die Schärfe nahmen, indem sie der Unternehmerforderung ihre Zustimmung gaben, daß die Tätigkeit der Betriebsräte ausschließlich auf Fragen der innerbetrieblichen Sozialpolitik beschränkt und die wirtschaftliche Betriebsführung ausgeklammert werden sollte.

Zugleich unternahm man kaum den Versuch, die kommunistische Arbeiterschaft zurückzugewinnen. Das Görlitzer Programm von 1921, das in vieler Hinsicht neue Forderungen aufnahm, blieb Episode und wurde 1925 durch das Heidelberger Programm abgelöst, das sich eng an das Erfurter Vorbild von 1891 anlehnte und die in der Partei vordringende Tendenz signalisierte, zur gewohnten Oppositionshaltung der wilhelminischen Epoche zurückzukehren. Damit war der Rückweg in das weltanschauliche und soziale Ghetto beschritten, aus dem das Görlitzer Programm, wenngleich halbherzig, hatte ausbrechen wollen. Zugleich verzichtete man auf eine aktive sozialdemokratische Agrarpolitik. Ansätze zur Gewinnung von Angehörigen der Mittelschichten, vor allem des aufsteigenden „neuen“ Mittelstandes, verkümmerten. Der Afa-Bund, die Angestelltenorganisation des ADGB, stagnierte und integrierte im wesentlichen technische Angestellte sowie Bedienstete sozialdemokratisch beeinflusster Kommunen. Ansätze, über die klassische „Berufspartei des Proletariats“ hinauszukommen, gab es kaum. Offensichtlich gelang es der SPD nicht, den Anteil an Anhängern in den Mittelschichten gegenüber der Vorkriegszeit nennenswert auszudehnen. Von einer Volkspartei war sie weit entfernt; 1930 gehörten 76,9 Prozent der Mitglieder zur Arbeiterschaft.

Die Tendenz zur politischen Verinselung der Partei drückte sich in ihrer Haltung zur Koalitionsfrage aus. So erklärte Otto Wels anlässlich der Verhandlungen zur Regierungsbildung nach den Juniwahlen 1920: „Wir haben... unsere Partei immer und immer wieder in die Bresche geworfen und an Opferwilligkeit das Höchstmaß erbracht, was eine Partei in Deutschland aufbringen konnte. Wir haben uns zum Sturmbock hergegeben, wenn es galt, den Unwillen des Volkes abzuwehren. Jetzt ist die letzte Gelegenheit vorhanden, aus dem Konkurs des alten herauszukommen, das schwindende Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen.“ Die Teilnahme an der Regierung war für die Partei zum Trauma geworden, galt als Opfer, das man in Krisenzeiten der Nation bringen mußte. Damit bahnte sich auch in der SPD ein Parlamentarismus-Verständnis den Weg, das von der Vorstellung ausging, man könne es sich leisten, das Geschäft des Regierens den bürgerlichen Parteien zu überlassen.

Mit dieser Einstellung verknüpfte sich eine ambivalente Einschätzung der Republik selbst. Hatte das Görlitzer Programm noch eine eindeutige Identifizierung mit dem republikanischen System enthalten, so wurde nunmehr die Republik als bloße Übergangsform zur sozialistischen Zukunftsgesellschaft begriffen. Zwar blieb gutenteils das Bewußtsein erhalten, „Staatspartei“ zu sein, und die SPD wird auch später ihre Verdienste um den Aufbau der Republik beschwörend hervorheben. Die Sorge vor der kommunistischen Konkurrenz behinderte eine klare Option in der Wehrfrage, die auf dem Magdeburger Parteitag schließlich von der Mehrheit durchgesetzt wurde. Rückfälle in eine bloß demonstrative Politik, wie die Unterstützung des Volksbegehrens zur Fürstenenteignung, paarten sich mit einer unterschweligen Kritik des parlamentarischen Systems in der Periode der Bürgerblockkabinette. Mit der nur nach schweren Bedenken erfolgenden Übernahme der Regierung nach den erfolgreichen Reichstagswahlen vom Mai 1928 rächte sich die frühere Ambivalenz. Die Überdehnung der Fraktionsdisziplin führte in der Abstimmung über die Bewilligung der Mittel für den Panzerkreuzer A zu einer peinlichen Bloßstellung der eigenen Regierungsmitglieder. Für die Mentalität der Parteimehrheit war es bezeichnend, daß man schon am Anfang der 20er Jahre den Beschluß gefaßt hatte, daß Inhaber von Ministerämtern nicht gleichzeitig Positionen im Parteivorstand einnehmen konnten. Auf der gleichen Linie lag die Entscheidung, das Reichskanzleramt dem eher farblosen und wenig energischen Hermann Müller anzuvertrauen und nicht dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, dessen Forderung der Verbindung des Reichskanzleramtes mit dem des preußischen Ministerpräsidenten von Wels rundweg abgelehnt wurde.

Die seit dem aus innerparteilichen Rücksichten vollzogenen Austritt aus dem ersten Kabinett Stresemann 1923 ausgeprägt defensive Politik der SPD wurzelte weniger in ideologischen Differenzen. Zwar entfachte der linke Parteiflügel eine Dauerkritik an dem reformistischen Kurs des Parteivorstandes, aber entwickelte keine konstruktiven Alternativen; seine Sprecher wurden, als sie die Fraktionsdisziplin der Ära Brüning aufkündigten, aus der Partei herausgedrängt. Wichtiger war die ausgeprägt hohe Binnenorientierung der Partei, die auf ein Fortbestehen des insularen Bewußtseins auch in der Republik hindeutet. Sie korrespondiert mit einer bemerkenswert hohen Mitgliederstabilität; 27 Prozent der Mitgliedschaft gehörte der Partei mehr als 10 Jahre an. Wenngleich die Subkultur des sozialdemokratischen Vereinswesens gegenüber der Vorkriegszeit an Bedeutung verlor, blieb die Tendenz zur sozio-kulturellen Abkapselung erhalten.

Sozio-kulturelle Abkapselung und Immobilismus der SPD

Die SPD tat sich schwer, neue Impulse zu integrieren. Weder der Hofgeismarer Kreis, der von der Jugendbewegung nachhaltig beeinflußt war, noch die

unter dem Einfluß Max Adlers stehende Hannoveraner Linke konnte in die Partei eingebunden werden. Während die parteiamtliche Arbeiterjugend in der üblichen Abhängigkeit vom Apparat gehalten wurde, war die Beziehung zu der Sonderorganisation der Jungsozialisten von ständigen Spannungen geprägt, bis sie auf dem Leipziger Parteitag wegen, wie Erich Nölting sich ausdrückte, „der Verwechslung von Politik und soziologischer Lesestunde aus Karl Marx“ 1931 aufgelöst wurde. Es verwundert nicht, daß der aktive Teil der jüngeren Parteimitglieder zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) überwechselte, die sich, nach einem Wort Anna Siemensens, die „Auflockerung und Sprengung der starren und aktionsunfähigen Parteien“ zum Ziel gesetzt hatte, ohne unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise noch nennenswerten politischen Einfluß erringen zu können.

Organisatorisch schlug sich diese Tendenz in einer extremen Überalterung des Parteivorstandes nieder, die durch die Aufnahme einiger USPD-Führer in den Parteivorstand nach 1922 nur geringfügig reduziert wurde. Lebenslanges Verbleiben in Führungspositionen war die Regel. Als man schließlich mit Johann Vogel, Erich Ollenhauer und Max Westphal die jüngere Generation stärker berücksichtigte, blieb es bei der Wahl langgedienter Parteifunktionäre, die nicht die Interessen der Parteijugend repräsentierten. Die durchschnittliche Dauer der Zugehörigkeit zum Parteivorstand betrug elf Jahre. Zwar war die Reichstagsfraktion der SPD wesentlich jünger, aber es ergab sich eine altersmäßige Stagnation. Die SPD war daher tendenziell eine Partei ohne Jugend. Die Mitgliedschaft der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) erreichte nie wieder den Vorkriegsstand und war rückläufig. Der Anteil Jüngerer an der Parteimitgliedschaft lag etwa zweieinhalbmals niedriger als derjenige an der Gesamtbevölkerung. Als die Parteiführung dieses Problem, auf das zuerst Theodor Geiger hingewiesen hatte, erkannte, blieben Gegenmaßnahmen halbherzig und kamen zu spät. Carlo Mierendorff bemerkte zu Ollenhauers Referat in Leipzig - dieser war zum Jugendsekretär gewählt worden -, es habe „einen Bart bis zum Knie“ getragen.

Die relative Abstinenz der jüngeren Generation war eine Erscheinung, die die SPD mit dem bürgerlichen Parteiensystem von Weimar teilte. Weite Teile der jüngeren Generation verweigerten eine Mitarbeit in der Republik. Für eine Partei, die wechselnde und vielfach enttäuschende Gegenwartserfolge mit der Vision der künftigen sozialistischen Gesellschaft überbrückte, wog der Verlust der Jugend um so schwerer. Sie fand sich in den Splittergruppen rund um die Apparate von SPD und KPD wieder, teilweise aber in der ungewöhnlich jungen Gefolgschaft der KPD, nicht zuletzt im Roten Frontkämpferbund und verwandten Einrichtungen. Reichsbanner und Eiserne Front vermochten zunächst einen Teil der mit der SPD sympathisierenden Jugend zu binden. Es

war symptomatisch, daß Otto Wels beklagte, daß die Organisationstätigkeit der Eisernen Front diejenige der Partei behindere.

Die beständige Kritik der jüngeren Generation entzündete sich an einem Mangel innerparteilicher Demokratie, ein gemessen an dem eindeutig demokratischen Potential der SPD paradox erscheinender, aber nicht unzutreffender Vorwurf. Die zur Gewohnheit gewordene Tendenz, richtungspolitische Konflikte unter Berufung auf die Parteidisziplin abzuwürgen und die Position der Mehrheit starr durchzusetzen, verdrängte grundsätzliche politische Erörterungen zugunsten von Organisationsinteressen und bloß taktischem Lavieren.

Die extrem überproportionale Repräsentation von besoldeten Funktionären auf den Parteitag und die starke organisationsinterne Vorherbildung der Parteitagsbeschlüsse ließ die Parteitage nicht mehr als Sprachrohr der einfachen Mitgliedschaft erscheinen und verhinderte, daß sich innovative Kräfte durchsetzten. Die Ochsentour, die von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären verlangt wurde, bevor sie die Chance politischer Führungsfunktionen erhielten, zerstörte den Rest an Spontaneität und verstärkte die allgemeine Bestrebung, sich im wesentlichen nach innen zu orientieren. Dies beförderte die Tendenz zu politischem Immobilismus und einer vorwiegend defensiven Einstellung.

Tolerierungspolitik der SPD in der Ära Brüning: Auch eine Folge der Abhängigkeit vom ADGB

Die enge Verschränkung von SPD und ADGB hatte bereits in der Vorkriegszeit bestanden; infolge des steigenden Gewichts der Gewerkschaften während des Krieges ergab sich nach 1918, insbesondere nach der Konsolidierung der Verbände und dem Ablaufen der Streikbewegungen, eine verstärkte Abhängigkeit der Partei von dem ADGB. Vertreter des ADGB stellten 37 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1928. Dies unterstützte die Tendenz zu einer gewissen Entpolitisierung, obwohl in einzelnen Verbänden, insbesondere im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), der linke Flügel sich vorübergehend durchzusetzen vermochte. Die Gewerkschaften fürchteten noch stärker als die Partei den Einfluß linksradikaler Gruppierungen, die im Ruhrgebiet in der Form des Unionismus einen gewissen Einfluß erringen konnten. Dies erklärt die ausgeprägte Zurückhaltung gegenüber der Durchführung von Arbeitskämpfen. Die finanzielle und organisatorische Schwächung der gewerkschaftlichen Zentralverbände infolge der übermäßigen Inflation und des passiven Widerstandes an der Ruhr verstärkte die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich an das staatliche Schlichtungswesen anzulehnen.

Gewiß hatte sich die zähe, aber zurückhaltende Tarifpolitik der gewerkschaftlichen Zentralverbände bezahlt gemacht. Zwar gab es Klagen genug, daß in bestimmten Branchen das Lohnniveau der Vorkriegszeit nicht erreicht oder nicht wesentlich überschritten war. Indessen lagen die Löhne im allgemeinen höher als in vergleichbaren westlichen Industrieländern. Knut Borchardt hat daher gefolgert, daß die Lohnquote und sozialen Aufwendungen zu hoch gelegen hätten, um hinreichende Unternehmerinvestitionen zu ermöglichen. Selbst wenn man unterstellt, daß die statistischen Befunde, auf die sich diese Auffassung beruft, zutreffen, obwohl sie im klaren Gegensatz zu dem Selbstverständnis vieler industrieller Arbeitnehmer standen, wird man die von der Unternehmenseite mit gewissem Recht als „politische Löhne“ qualifizierten, relativ günstigen Arbeitnehmereinkommen im Verhältnis zu Rentnern, Kriegsbeschädigten. Angehörigen des unteren Mittelstandes und kleinbürgerlichen Gruppen nicht überwiegend auf die gewerkschaftliche Kampfkraft zurückführen können.

Für die Inflationsperiode gilt allgemein, daß die Unternehmerverbände geneigt waren, Lohnforderungen entgegenzukommen, da sie höhere Löhne teils durch direkte und indirekte staatliche Subventionen kompensierten, teils die erhöhten Lohnkosten auf die Verbraucher abwälzten. Insofern war das relativ hohe Lohnniveau, das zum Zeitpunkt der Währungsstabilisierung bestand, auf die unternehmerische Strategie selbst zurückzuführen, die davon ausging, daß vor dem Ende der Reparationen eine inflationistische Lastenabwälzung einer währungspolitischen Stabilisierung vorzuziehen sei, was gewisse Konzessionen an der Lohnfront voraussetzte. Nach der Währungsstabilisierung verhinderte das staatliche Schlichtungswesen ein größeres Absinken des Lohnniveaus, wobei das gewerkschaftliche Argument einwirkte, daß die infolge von Rationalisierungsmaßnahmen deutlich gestiegene Arbeitsproduktivität einen Niederschlag in steigenden Löhnen finden könne. Tiefe Einbrüche erfolgten, unter dem Druck der Brüning'schen Deflationspolitik, erst mit dem Eintritt in die Weltwirtschaftskrise.

Bei der Feststellung eines relativ hohen Lohnniveaus kann jedoch der Tatbestand nicht außer Betracht bleiben, daß sich die Unternehmerschaft, hier unterstützt von den frühen sozialdemokratisch geführten Kabinetten, in der Arbeitszeitfrage gegen die gewerkschaftliche Achtstundentagsforderung bereits 1922 faktisch durchgesetzt hatte. In dieser insbesondere für die schwerindustrielle Arbeiterschaft höchst empfindlichen Frage hatten sich die Gewerkschaften nicht behaupten können. Es blieb mit dem Arbeitszeitnotgesetz von 1927 zwar noch der Anspruch auf verkürzte Arbeitszeit erhalten, aber die industrielle Realität ging darüber hinweg. Volkswirtschaftlich war das Beharren der Schwerindustrie, die in der Arbeitszeitfrage den Ton angab, zweifelhaft, da

es nach dem Ende des Inflationsbooms stets eine beträchtliche Sockelarbeitslosigkeit gab. Neben psychologischen Faktoren spielte das Bestreben der schwerindustriellen Unternehmer eine Rolle, durch eine flexible Handhabung der Arbeitszeit Anpassungen an die wechselnde Absatzlage leichter zu ermöglichen und so die Lohnkosten relativ zu verringern. Dies hing mit der volkswirtschaftlich abträglichen Schaffung von Überkapazitäten im Steinkohlen- und Stahlbereich zusammen, die auf einer falschen Vorauschätzung der Aufnahmefähigkeiten des Weltmarktes beruhten.

Tatsächlich befanden sich die Gewerkschaften fast durchweg in einer defensiven Position, die durch die Arbeitsmarktlage, aber auch die schon in den letzten Jahren des Krieges beginnende enge Verschränkung zwischen groß- und schwerindustriellen Interessen einerseits und der Politik des Reichswirtschaftsministeriums andererseits bedingt war. Gerald Feldman hat dies mit dem Hinweis darauf betont, daß der Sozialpolitik nur eine „kompensatorische Funktion“ gegenüber der Wirtschaftspolitik zukam, und dies entsprach auch dem Selbstverständnis des leitenden Sozialpolitikers dieser Epoche, des Arbeitsministers Heinrich Braun. Ihm war es in erster Linie zu verdanken, daß es zu einer vorbildlich erscheinenden Lösung der Arbeitslosenunterstützungsfrage durch das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927 kam, wobei nun freilich die hohen Belastungen der Reichskasse infolge des unerwartet großen Anstiegs der Arbeitslosigkeit zum zentralen politischen Konfliktstoff der Spätjahre der Republik wurden.

Die organisatorische Schwächung der Freien und der Christlichen Gewerkschaften, die sich im beträchtlichen Absinken und dann der Stagnation der Mitgliedszahlen spiegelte, verstärkte die Tendenz der ADGB-Führung, sich politisch im Grunde ausschließlich negativ, auf die Verteidigung der sozialpolitischen Errungenschaften auszurichten und das Festhalten an der Sozialpolitik, und das hieß vor allem an den Leistungen der Arbeitslosenversicherung, zum Testfall des Verbleibens der SPD in der Regierung zu machen. Diese Haltung verringerte den ohnehin extrem eingeengten Bewegungsspielraum des von Hermann Müller geführten Kabinetts der Großen Koalition. Der Druck der Gewerkschaften in der Fraktion führte zu dessen Rücktritt, ohne daß Müller, gesundheitlich schwer angegriffen, in einer parlamentarischen Feldschlacht die politische Verantwortlichkeit für den Sturz des letzten parlamentarischen Mehrheitskabinetts klargelegt hätte.

Der letztere Tatbestand hat dazu geführt, daß die fachwissenschaftliche Literatur Rudolf Wissell und seine Gewerkschaftskollegen für das Ende der Großen Koalition verantwortlich gemacht hat. Indessen ist der Sachverhalt wesentlich komplexer. Die Fronten zwischen schwer- und großindustriellen Inter-

essen und organisierter Arbeiterbewegung hatten sich schon in der Stabilisierungsphase extrem versteift und waren 1928, wie sich im „Ruhreisenstreit“, der Aussperrung in der Nordwestlichen Gruppe der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, zeigte, praktisch unüberbrückbar geworden. Der Entschluß, die SPD aus der Regierung auszuschließen, sobald die Youngplan-Verhandlungen abgeschlossen waren, für die die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) die Verantwortung nicht übernehmen wollte, während große Teile der Wirtschaft die Revision des Dawes-Plans für notwendig hielten und sich der Katastrophenpolitik Hugenbergs in der Reparationsfrage nicht anschlossen, lag längst fest, bevor die Etatkrise den Ansatzpunkt bot, um Hermann Müller zu stürzen. Bezeichnenderweise hatte die Deutsche Volkspartei (DVP) als Hauptvertreterin der industriellen Interessen, den Ausweg eines „Notopfers der Festbesoldeten“ versperrt, und zwar aus dem klaren Motiv heraus, die Finanzkrise zur Reduzierung der als unerträglich hoch betrachteten Sozialleistungen auszunützen.

Die Gewerkschaften sahen sich unter der Auswirkung der rasch anwachsenden Arbeitslosigkeit, der versteiften Haltung der Unternehmerverbände und dem psychologisch bedeutsamen Druck der Roten Gewerkschafts-Opposition an die Wand gedrängt. Fritz Naphtalis vom ADGB unterstütztes Programm der „Wirtschaftsdemokratie“ war in den Jahren relativer Prosperität formuliert worden und spiegelte die optimistische Erwartung, den politischen und ökonomischen Einfluß der Gewerkschaften allmählich ausweiten zu können. Es konnte angesichts der Wirtschaftskrise nur die Funktion haben, die Massen von der gegenwärtigen Misere abzulenken und eine Zielkonzeption zu entwerfen, die den Widerspruch zwischen der faktischen Hinnahme des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der verbalen Beschwörung einer künftigen sozialistischen Gesellschaft programmatisch überbrückte. Es scheint typisch, daß dabei, in Erinnerung an das kriegswirtschaftliche System, administrative Kontrollmechanismen im Vordergrund, aktive wirtschaftspolitische Erwägungen hingegen gänzlich im Hintergrund standen. Unter den gegebenen politischen Bedingungen der Präsidialkabinette war das Programm der „Wirtschaftsdemokratie“ ebenso unreal wie die nun von der SPD, unter dem Druck eines populären Antikapitalismus, wie er im neokonservativen Lager, vom linken Flügel der Nationalsozialisten und beim „Tat“-Kreis vertreten wurde, neu aufgenommene Forderung nach umfassenden Sozialisierungsmaßnahmen.

Die Massenarbeitslosigkeit in der Krise betraf die Gewerkschaftsmitgliedschaft in besonderem Maße. Sie schwächte die Verbände finanziell und machte Arbeitskämpfmaßnahmen fast unmöglich. Die Herabdrückung der Löhne unter das 1927 erreichte Niveau, wobei nun die bis dahin übliche Überschreitung der tariflichen Löhne, Mehrarbeit und volle Ausnützung der gesetzlichen Ar-

beitszeit in Wegfall kamen, beeinträchtigte das Ansehen der Gewerkschaftsverbände. Ihr Handicap - und das galt auch für die SPD - bestand zugleich darin, daß es an einer klaren Strategie zur Bekämpfung der Krise mangelte. Mit der Beschwörung der Kaufkrafttheorie und der Betonung der Unterkonsumtion als Krisenursache war eine wirksame Krisenmilderung nicht zu erreichen. Für die orthodoxe volkswirtschaftliche Einstellung der SPD-Führung war kennzeichnend, daß sie dem zu Beginn des Kabinetts von Papen vorgelegten gewerkschaftlichen WTB-Plan, der das Programm einer staatlichen Arbeitsbeschaffung in einem freilich noch bescheidenem Umfang enthielt, vor allem unter dem Einfluß Rudolf Hilferdings, aber auch demjenigen Naphtalis, kritisch gegenüberstand. Im internationalen Maßstab bedeutete der WTB-Plan den endlichen Durchbruch von der bloß sozialpolitischen Tätigkeit der Gewerkschaften zu einer vorausschauenden Wirtschafts- und Finanzpolitik. SPD und ADGB vermochten die Politik der Tolerierung, in die sie sich nach den Septemberwahlen 1930 hineingezwungen sahen, nicht für eine nachdrückliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fruchtbar zu machen. Zwar gelang es, Brüning und den Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald dazu zu bewegen, entscheidende Einbrüche in die Tarifgesetzgebung, wie sie dann unter von Papen eintraten, zu verhindern. Die nachhaltige Schwächung der organisierten Arbeiterbewegung konnte dadurch nicht aufgehalten werden.

Unter den Bedingungen der Ära Brüning war die Politik der Tolerierung im Prinzip die einzige verbleibende Strategie der SPD, durch die sie immerhin für knapp anderthalb Jahre die Bildung eines Kabinetts der reaktionären Rechten hinauszuschieben vermochte, wenngleich sie, wie fast alle Zeitgenossen, die verdeckten Zielsetzungen Brünings verkannte. Dieser beabsichtigte, die Lösung der Reparationsfrage zu einem Umbau der Reichsverfassung zu nützen. Diese Strategie, die von der nationalistischen Rechten nicht akzeptiert und nicht durchschaut wurde, machte Brüning jedoch von der sozialdemokratischen Tolerierung abhängig. Gerade die nur als Aushilfe gedachte indirekte Abstützung auf die SPD bewirkte den Sturz des Kanzlers zu einem Zeitpunkt, in dem die deutsche militärische Gleichberechtigung und das Ende der Reparationen in Sicht waren, die politische Rechte daher, zumal angesichts der finanzpolitischen Schwächung Frankreichs, das zuvor gescheute Risiko des offenen Übergangs zum autoritären System eingehen konnte. Daß diese Zielsetzung sie unvermeidlich von der anwachsenden Massenbewegung der NSDAP abhängig machte, steht auf einem anderen Blatt. Selbst wenn Brüning es gewollt hätte, ließ die machtpolitische Konstellation, die den sich im „Antimarxismus“ treffenden Verbändeinteressen, die auf den Reichspräsidenten einwirkten, massiven Einfluß verschaffte, eine Vizekanzlerschaft Otto Brauns, die dieser Brüning - und später wieder von Schleicher - anbot, nicht mehr zu.

Gab es Alternativen zur Tolerierungspolitik?

Damit stellt sich die Frage, ob die sozialistische Arbeiterbewegung sich der sich seit 1931 festigenden autoritären Umklammerung noch hätte entziehen können. Ein Bündnis mit der KPD war zu keinem Zeitpunkt denkbar, zum einen, weil SPD und ADGB einem übersteigerten Antikommunismus Raum gegeben hatten, der ihre taktische Beweglichkeit auf Null reduzierte; zum anderen wegen der fehlgeleiteten kommunistischen Politik, die mit dem Schlagwort vom „Sozialfaschismus“ die eigene Schwäche verdeckte; schließlich drittens auf Grund der politischen Gesamtsituation, die beinhaltete, daß die politische Rechte - und nicht nur die NSDAP - jede sozialistisch-kommunistische Zusammenarbeit zum Anlaß eines autoritären Umschwungs genommen hätte. Um so weniger ist es verständlich, daß die preußische Regierung, seit den Aprilwahlen 1932 ein nur durch künstliche Geschäftsordnungsregelungen im Amt gehaltenes Minderheitskabinett, sich noch der Illusion hingab, die längst erwartete Gleichschaltung durch das Reich werde nicht zu einer Ersetzung, sondern zu einer präsidentialen Legitimierung des Koalitionskabinetts führen. Dies erklärt, warum ADGB und SPD-Vorstand schon am 16. Juli 1932 beschlossen, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verletzen, während das Papen-Kabinett gleichzeitig Vorwände suchte, um die beabsichtigte Gleichschaltung Preußens zu „legalisieren“.

Die Ereignisse selbst wirkten sich in einer tiefgreifenden Tatlähmung der Beteiligten aus. Zwar gab es im Reichsbanner und auch bei den preußischen Polizeikräften ein hohes Maß von Entschlossenheit, Widerstand zu leisten, und es hat auf lokaler Ebene an Vorbereitungen zum Abwehrkampf nicht gefehlt. Otto Braun, der die Ministerpräsidentschaft im Grunde schon in andere Hände gelegt hatte, sah jedoch keine Möglichkeit, den Kampf für die Erhaltung eines Minderheitenkabinetts, gleichsam gegen die Demokratie, mit dem Mittel des Generalstreiks, geschweige denn eines bewaffneten Aufstands, zu führen. So eindrucksvoll ein „Aufbäumen“ der Arbeiterschaft gegen den sich vollziehenden Machtwechsel gewesen wäre, an den Tatsachen hätte dies wenig geändert, möglicherweise sogar der Machtergreifungsstrategie der Nationalsozialisten in die Hände gearbeitet, die einen Aufstand der Linken geradezu herbeiwünschten, um sich als Retter Deutschlands vor dem Bolschewismus aufzuspielen und dadurch aus ihrer innenpolitischen Isolierung auszubrechen.

Problematischer sind die Legalitätsbeschwörungen von ADGB und SPD, die sich an die Gleichschaltung Preußens anschlossen, zugleich die verheerenden Illusionen, daß man nur auf den Knopf zu drücken habe, um den Mechanismus des Widerstands in Gang zu bringen. Gewiß sollte man die Entschlossenheit der Eisernen Front und die öffentliche Wirkung der Massenveranstaltungen des Reichsbanners bis in die Tage nach der Bildung des „Kabinetts der

nationalen Konzentration" nicht unterbewerten. Auch gab es Bemühungen, die technischen Voraussetzungen für eine Widerstandsaktion zu schaffen, wenngleich nach dem Verlust der Kontrolle über die preußische Polizei keinerlei Chancen bestanden, der Reichswehr militärisch Paroli zu bieten. Verheerend war hingegen die Abwiegeltaktik durch Parteivorstand und ADGB-Führung, die den durchaus vorhandenen Widerstandswillen lahmen und eine tiefgreifende Resignation auslösen mußten. Noch am 30. Januar erklärte der Parteivorstand der SPD: „Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserne Front mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und Gesetzlichkeit.“ Ebenso äußerte Theodor Leipart, daß Organisation, nicht Demonstration, das „Gebot der Stunde“ sei. Das war ein bezeichnender Rückfall in jenen fatalen sozialdemokratischen Organisationsfetischismus, den die Partei so oft zur Überdeckung politischer Rückschläge benützt hatte.

Die alternativen Strategien der Linken, ganz abgesehen von der völlig verfehlten Politik der KPD, unterschieden sich, was Lösungsversuche anging, nicht grundsätzlich von den Vorstellungen der sozialdemokratischen Mitte. Das gilt auch für die Vorstellung, auf den faschistischen Staatsstreichversuch mit einer „legalen“ Revolution des Proletariats zu antworten. Dem entsprach die dem Engeischen Vorwort zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ entlehnte Strategie der Durchsetzung des Sozialismus auf der Seite der Legalität, wie sie die österreichische Sozialdemokratie im Linzer Programm 1926 formuliert hatte: Sie war grundsätzlich verfehlt, weil sie das Gesetz des Handelns dem Gegner überließ, der, wie die Politik Benito Mussolinis schon damals gezeigt hatte, nicht so unklug sein würde, eine Politik des offenen Legalitätsbruchs einzuschlagen. Die von der reichsdeutschen Linken begrüßte Linzer Strategie war, gerade wegen der verbalen Beschwörung der Diktatur des Proletariats, eine agitatorische „Lebenslüge“; sie verbarg, daß der demokratische Sozialismus von seinen inneren Voraussetzungen her nicht in der Lage war, den Bürgerkrieg offensiv zu führen. Dies stellt einen machtpolitischen Nachteil, aber zugleich ein Ruhmesblatt seiner Geschichte seit der Pariser Kommune dar. Spätestens seit dem 20. Juli 1932, im Grunde schon seit den preußischen Aprilwahlen von 1932, bestanden keinerlei Chancen mehr, die vollständige politische Isolierung der SPD abzuwenden.

Die Reaktion des ADGB auf die veränderte Konstellation, so wenig sie einheitlich war, rückt die politische Isolation der SPD in noch helleres Licht. Die Bereitschaft Leiparts, unabhängig von der SPD vorzugehen und das hergebrachte Bündnis aufzukündigen, um sich einen Platz in einem Verbändestaat ohne Parteien, ja in einem autoritären Regierungssystem zu sichern, ist selbst unter der Perspektive, daß das Kabinett der nationalen Konzentration bald ab-

wirtschaften werde und daß es gelte, die Substanz der Organisationen zu retten, schwerlich zu rechtfertigen. Diese innerhalb des ADGB verbreitete Einstellung macht deutlich, wie stark die Freien Gewerkschaften, und dies gilt natürlich auch für ihr christliches Pendant, bereits dem Sog der antiparlamentarischen, zu vagen berufsständischen Formen strebenden Tendenz, die von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Staatspartei aufgenommen wurde, erlegen waren. Was der ADGB, unter dem Einfluß des SPD-Vorstandes, aber auch aufgrund innerorganisatorischer Proteste, dem General von Schleicher nicht einzuräumen bereit war, konzidierte man, trotz unmittelbar einsetzender, massiver Verfolgung der Gewerkschafter, dem nationalsozialistischen Reichskanzler, nur um nach der vom ADGB-Vorstand nachdrücklich unterstützten Teilnahme an den Demonstrationen des „Tags der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1933 anderentags die geschlossenen Gewerkschaftsbüros vorzufinden.

Man muß sehr weit ausholen, um die Haltung des Parteivorstandes der SPD gegenüber dem Kabinett Hitler zu erklären, die freilich auf die massive Kritik all jener traf, denen die Einübung in sozialdemokratischen Pragmatismus nicht die Einsicht in die politische Realität genommen hatten. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes in der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 23. März bleibt gewiß ein Ruhmesblatt in der Geschichte der SPD. Aber sie ist getrübt durch die freilich nur durch massive Pressionen Görings erklärliche Bereitschaft der Partei, am 17. Mai Hitlers außenpolitischer Erklärung zuzustimmen.

Es sich sicherlich irreführend, die Politik von SPD und ADGB an den verzweifelten Reaktionen zwischen dem 30. Januar und dem 22. Juni, dem definitiven Verbot der Partei, zu messen. Sie belegen nur die extreme Isolierung einer Bewegung, die stets bestrebt gewesen war, sich als Repräsentant der wahren nationalen Interessen Deutschlands zu betrachten, ohne das Ziel der sozialen Emanzipation des Proletariats, vor allem aber die Idee der sozialen Gerechtigkeit preiszugeben. Nahezu auf sich allein gestellt, verteidigte die Sozialdemokratie das Prinzip der Demokratie -mit unzulänglichen Mitteln und in einer hoffnungslosen Situation. Ihr Fehleinschätzungen anzulasten, ohne den Abfall der bürgerlichen Parteien vom parlamentarischen Prinzip und ihre Hinwendung zu autoritärem Prinzip, das unvermeidlich in die faschistische Diktatur einmündete, dagegenzuhalten, würde eine irreführende Perspektive begründen.

Gewiß hat die Disposition der SPD und der Freien Gewerkschaften zu einer innerorganisatorischen autoritären Überformung demokratischer Willensbildung ihre politische Isolation verstärkt, aber die wirkliche Ursache für die Durchsetzung der faschistischen Diktatur muß in der Entschlossenheit der

Gegner vor allem im Lager der Großindustrie erblickt werden, mit dem sozialpolitischen Instrumentarium der Republik auch jenen Kompromiß zwischen den sozialen Klassen zu beseitigen, der die Grundvoraussetzung eines lebensfähigen parlamentarischen Systems darstellte (und im übrigen auch heute noch darstellt). Die Illusion, wenigstens ein Mindestmaß der Freiheit bewahren zu können, wenn man sich anschickte, mehr als ein gutes Drittel der Bevölkerung von der politischen Willensbildung auszuschließen, trieb die bürgerlichen Parteien in das Bündnis mit Hitler. Ob die historische Lektion, die dies Resultat impliziert, auch in Zukunft beherzigt werden wird, kann der Historiker allerdings nicht voraussagen.